

Oktober 2019

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Hoffnung und Enttäuschung: Ja zum Brexit-Deal – Nein zu Beitrittsgesprächen

Europäischer Ratsgipfel am 17. und 18. Oktober 2019

Dr. Hardy Ostry, Frederik Lippe, Kai Gläser, Ludger Bruckwilder, Sophia Pena Pereira

Der voraussichtlich letzte EU-Ratsgipfel mit den beiden scheidenden Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und Ratspräsident Donald Tusk startete ereignisreich: Noch vor der ersten Verhandlungsrunde wurde bekannt, dass es einen neuen Brexit-Deal gibt. So euphorisch das Treffen der Staats- und Regierungschefs begann, so ernüchternd endete es, denn andere wichtige Themen wurden vertagt. Wie erwartet, konnte man sich nicht auf einen gemeinsamen Finanzrahmen (MFR) einigen, der Militäreinsatz der Türkei in Nordsyrien wurde nur gestreift, und das Thema Klima wurde in lediglich 15 Minuten abgehandelt. Auf der abschließenden Pressekonferenz zeigte sich Ratspräsident Tusk sichtlich enttäuscht darüber, dass es keine Zustimmung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien gab.

Brexit

Hintergrund

Nachdem sich die Verhandlungen über den Brexit nun schon seit mehr als drei Jahren hingezogen hatten, und der geplante Austritt bereits zwei Mal verschoben wurde, rückt der aktuelle Austrittstermin am 31. Oktober immer näher. Unter neuer Führung von Premierminister Boris Johnson, der auf die glücklose Theresa May folgte, schien in die seit langer Zeit festgefahrenen Verhandlungen etwas Bewegung zu gelangen. Um

noch vor dem Ratsgipfel zu einer Lösung zu kommen, hatten vorab Gespräche unter völliger Geheimhaltung im sogenannten „Tunnel“ der Kommission stattgefunden. Der Knackpunkt an dem bisherigen Deal aus britischer Sicht war der sogenannte Backstop, der eine harte Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland verhindern sollte, um das Karfreitagsabkommen von 1998 nicht zu gefährden.

Boris Johnson hatte zuletzt immer wieder verkündet, den Brexit notfalls auch ohne Austrittsabkommen zu vollziehen. Am Montag vor dem Gipfel ließ er diese Absicht durch die Queen, welche seine Regierungserklärung verlas, wiederholen: „Die Priorität der Regierung besteht darin, den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Oktober sicherzustellen.“ Der Standpunkt der EU dagegen war bis zum Schluss, dass ein ungeordneter Brexit vermieden und möglichst enge künftige Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich aufgebaut werden sollen. Nachverhandlungen über das Austrittsabkommen erteilte die Union jedoch eine Absage. Bezüglich einer weiteren Verlängerung des Abkommens hielt sich die EU die Entscheidung offen. Lediglich der französische Präsident Emmanuel Macron hatte sich bereits bei der letzten Verlängerung sehr kritisch gezeigt. Bei einem ungeordneten Austritt Großbritanniens befürchteten Beobachter neben einem wirtschaftlichen Chaos ein Aufflammen neuer Gewalt, verursacht durch eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland.

Entwicklung

Am ersten Tag des Ratsgipfels ging plötzlich alles ganz schnell: Am Mittag, noch vor dem ersten offiziellen Treffen der Staats- und Regierungschefs im Ratsgebäude, verkündete Jean-Claude Juncker die Einigung mit Boris Johnson.

Die Hauptunterschiede im Vergleich zu dem alten Deal von Theresa May betreffen vor allem die kritische Situation zwischen Irland und Nordirland. Gemeinsam mit Großbritannien würde Nordirland die Zollunion und den Europäischen Binnenmarkt verlassen, trotzdem würde es keine Kontrollen an der Grenze zu der Republik Irland geben, da die Zollgrenze zu Großbritannien zukünftig in der Irischen See verlaufen würde. Nordirland müsste sich allerdings weiter an einige Regeln der EU halten. Grenzkontrollen würden von Zollbeamten aus Großbritannien in Häfen Großbritanniens und Nordirlands vorgenommen, wenn Produkte für die Republik Irland und somit für den Binnenmarkt der EU vorgesehen sind. Produkte, die für Nordirland vorgesehen sind, würden dagegen unter keine Zollvorschriften fallen. Großbritannien dürfte zudem Zölle auf Produkte aus Drittstaaten erheben, solange diese Produkte nicht in den Binnenmarkt der EU gelangen. Für Güter, die für den EU-Raum bestimmt sind, würden die europäischen Zölle angewandt. Das nordirische Parlament soll zudem in vier Jahren darüber abstimmen, ob diese Regeln weiterhin gelten sollen oder nicht. Sollte es mit einer einfachen Mehrheit dafür stimmen, werden die Regeln weitere vier Jahre angewandt, bis erneut darüber abgestimmt würde. Im Falle einer Ablehnung der Regeln würde eine zwei Jahre dauernde Übergangsfrist beginnen, in der eine neue Lösung gefunden werden muss.

Sowohl Juncker als auch Johnson beurteilten die Einigung im Nachhinein als positiv. Das Abkommen sichere den Frieden innerhalb Nordirlands und schaffe Gewissheit sowie Stabilität für alle Briten und EU-Bürger im Ausland. Johnson wiederholte, dass er am 31. Oktober aus der EU austreten möchte und fügte hinzu, dass er direkt am 1. November Gespräche über die zukünftige Ausgestaltung der Partnerschaft beginnen möchte.

Am Abend ließen die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder schließlich einstimmig verlauten, dass sie sich für den Deal sowie eine enge Zusammenarbeit mit

Großbritannien in der Zukunft aussprechen. Damit ist die erste Hürde genommen. In Großbritannien sprachen sich allerdings noch am selben Tag alle Oppositionsparteien gegen den Deal aus. Besonders die nordirische DUP (Democratic Unionist Party) sieht sich als Verlierer des Abkommens.

Am Samstag, dem 19. Oktober, ist das Unterhaus in London zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um über den neu ausgehandelten Deal zu beraten. Eine Abstimmung wurde jedoch vertagt, und die Parlamentarier stimmten dafür, dass Johnson noch in derselben Nacht eine Verlängerung der Frist bei der EU beantragen musste. Dass er dies nur widerwillig tat zeigt, dass er das Gesuch um Fristverlängerung nicht unterschrieb und einen zweiten Brief mitschickte, in dem er Donald Tusk darum bat, der Bitte um Fristverlängerung nicht nachzukommen. Am Montag, dem 21. Oktober erlitt Johnson bereits die zweite Niederlage im Parlament. Der Sprecher des Unterhauses, John Bercow, ließ eine Abstimmung über den Deal nicht zu, da die selbe Gesetzesvorlage innerhalb einer Sitzungsperiode nicht ein zweites Mal zur Abstimmung gestellt werden darf.

Das Schicksal des Abkommens liegt weiterhin in den Händen der Parlamentarier im Vereinigten Königreich, und Boris Johnson muss eine Mehrheit von ihnen von dem Deal überzeugen. Sollte das Unterhaus zustimmen, muss das Europäische Parlament dem noch mit Mehrheit zustimmen.

Kommentar

Trotz einiger zuversichtlicher Stimmen im Vorfeld kam der Durchbruch in den Verhandlungen am Donnerstagmorgen des Ratsgipfels für viele unerwartet. Der neue Deal wird von Verantwortlichen beider Seiten als guter und fairer Kompromiss bezeichnet, denn beide Seiten mussten Zugeständnisse machen und rote Linien überschreiten. Auch der irische Premierminister, Leo Varadkar, war mit dem Kompromiss zufrieden. Der EU-Chefunterhändler Michel Barnier fasste es sehr passend zusammen: „Eine einzigartige Situation, die mit außergewöhnlichen Lösungen bewältigt werden musste“.

Die alles entscheidende Frage ist nun, ob das britische Unterhaus in dieser Woche für den ausgehandelten Deal von Boris Johnson stimmen wird, oder nicht. Johnson äußerte sich auf der Pressekonferenz am Donners-

tagabend zwar optimistisch, hat seit dem Rauswurf von 21 Parlamentariern aus der eigenen Fraktion jedoch keine Mehrheit mehr im Parlament. In den Medien werden bereits zahllose Rechenspiele angestellt, wie eine Mehrheit noch zustande kommen könnte. Der Ausgang der Abstimmung wird sehr wahrscheinlich knapp ausfallen – anders als bei Theresa May, die mehrfach deutlich gescheitert war. Nun wird es darauf ankommen, ob Johnson mehr Überzeugungskraft aufbringen kann als seine Vorgängerin.

Sollte das britische Parlament gegen den Vorschlag von Johnson stimmen, könnte dieser in einer zweiten Abstimmung einen weiteren Volksentscheid anbieten, um die Abgeordneten der Labour-Partei auf seine Seite zu ziehen. Die Durchführung einer Volksabstimmung würde jedoch mehrere Monate in Anspruch nehmen und somit eine weitere Fristverlängerung unausweichlich werden lassen. Mit der Aussicht auf ein erneutes Referendum könnte eine Verlängerung seitens der EU genehmigt werden.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU bleibt schmerzhaft, dennoch sind die meisten Akteure sowie Beobachter der Meinung, dass es nun endgültig an der Zeit ist, den Brexit zu vollziehen. Die Verhandlungen haben viel Zeit, Mühe und Energien in Anspruch genommen. Jean-Claude Juncker hat es gut zusammengefasst: „I am happy about the deal, but sad about Brexit“. Unabhängig davon, ob das Abkommen angenommen wird, es einen Austritt ohne Deal geben wird, oder es zu einer weiteren Fristverlängerung kommt, sollten die zukünftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich eng und freundschaftlich sein. Dennoch, Großbritannien wird ein Drittstaat sein und die EU sollte ihre Reihen schließen und sich nicht darauf einlassen, bilaterale Abkommen zu verhandeln. Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, nur wenn die EU-27 mit einer Stimme sprechen, sind sie stark!

Außenpolitik

Hintergrund

Bereits seit Anfang des Jahrtausends sind die Staaten des Westbalkans potentielle Beitrittskandidaten zur Europäischen Union. Im Jahr 2003 verabschiedete die EU die sogenannte Agenda von Thessaloniki und gab damit sehr konkret das Versprechen ab: „Die Zukunft der Balkanstaaten liegt in der Europäischen Union“. Der Beschluss sollte

„Ansporn und Ermutigung, den [...] erfolgreichen Weg zu beschreiten“ sein. Serbien und Montenegro befinden sich bereits seit einigen Jahren in Beitrittsverhandlungen, allerdings war in der Amtszeit von Jean-Claude Juncker, die sich nun dem Ende zuneigt klar, dass es keine maßgeblichen Fortschritte bei der Erweiterung der Staatengemeinschaft geben würde.

Nach circa fünf Jahren ohne großen Meilenstein war beim Thema Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zuletzt allerdings wieder neue Dynamik zu spüren. Albanien und Nordmazedonien konnten jeweils wichtige Fortschritte erzielen, welche die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen in greifbare Nähe rücken ließen. Nordmazedonien war es Anfang dieses Jahres gelungen, den lange festgefahrenen Namensstreit mit Griechenland zu lösen und somit das Haupthindernis – so schien es – zu überwinden, das der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Weg stand. Was institutionelle Reformen betrifft, gilt Nordmazedonien bereits länger als ausreichend fortgeschritten, um Beitrittsgespräche offiziell aufzunehmen.

Albanien unternimmt seit gut drei Jahren eine substantielle Justizreform, die das Land im Bereich der Rechtsstaatlichkeit den Anforderungen der EU entscheidend nähergebracht hat. Bereits im November 2019 würdigte die EU-Kommission die Reformanstrengungen und empfahl, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Sowohl Albanien, als auch Nordmazedonien hatten sich angesichts der Entwicklungen in der jüngsten Vergangenheit große Hoffnungen gemacht, noch in diesem Jahr grünes Licht für Beitrittsverhandlungen zu erhalten.

Bereits die schwierige Debatte innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kurz vor und kurz nach der parlamentarischen Sommerpause hatte jedoch gezeigt, dass trotz genannter Fortschritte in den beiden Ländern, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vielfach kritisch gesehen wird. Dennoch stimmten schließlich die Fraktion und die Regierungsmehrheit im Bundestag dem Beginn von Verhandlungen unter Bedingungen zu.

Die Mehrheit der deutschen Abgeordneten ließ sich sicher auch dadurch überzeugen, dass die EU Beitrittsverhandlungen anders führen wird, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Bei neuen Verhandlungen werden die wichtigsten und zugleich schwierigsten Beitrittskapitel als erstes

eröffnet. Außerdem werden keine Ziel- bzw. Endtermine formuliert, sodass die Beitrittsverhandlungen ergebnisoffen, ehrlich und mit den richtigen Prioritäten geführt werden können.

Entwicklung

Unter Präsident Juncker war bereits seit Beginn seiner Amtszeit klar, dass es im Bereich Erweiterungspolitik keine substantiellen Fortschritte geben würde. Nach der Finanz- und der Eurokrise lag die Priorität auf der Konsolidierung der EU. Nun, am Ende seiner Wahlperiode und kurz vor Beginn der Amtszeit von Ursula von der Leyen, schien nach Ansicht vieler Experten allerdings der richtige Zeitpunkt, eine neue Dynamik aufzunehmen und den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien zu beschließen. Alle, die diese Hoffnung hegten, wurden durch die Entwicklungen während dieses Gipfels jedoch enttäuscht. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich nicht darauf einigen, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien zu beginnen. Voraussichtlich wird das Thema bei einem der nächsten Gipfel erneut diskutiert werden. Um Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, ist ein einstimmiger Beschluss im Europäischen Rat nötig, und ein solcher ist derzeit nicht in Reichweite. Allen voran stemmte sich Frankreich mit Präsident Macron gegen die Aufnahme von Beitrittsgesprächen. In Frankreich gibt es starke Vorbehalte gegenüber diesen Ländern. Es bestehen Zweifel, dass die Reformen auch tatsächlich im ausreichenden Maße implementiert wurden. Die Position der EU-Kommission ist in dieser Frage jedoch eindeutig. Neben Frankreich teilten auch Dänemark und die Niederlande die Bedenken gegenüber den Beitrittskandidaten. Immerhin hätten diese beiden Staaten aber wohl im Fall von Nordmazedonien zugestimmt. Zu einer voneinander getrennten Abstimmung über Nordmazedonien einerseits und Albanien andererseits kam es aber nicht.

Sowohl Donald Tusk als auch Jean-Claude Juncker zeigten sich am Ende des Gipfels tief enttäuscht von diesen Entwicklungen. Juncker sprach von einem „schweren historischen Fehler“. Auch Tusk sprach von einem Versagen seitens der EU und ermutigte Albanien und Nordmazedonien nicht aufzugeben. „Sie sind bereit. Leider sind einige Mitgliedstaaten noch nicht bereit“, sagte er. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte

ebenso ihr Bedauern und betonte, dass dies natürlich zu Enttäuschung in den betreffenden Ländern führen werde.

Kommentar

Für die beiden Staaten vom Westbalkan stellen die Entwicklungen dieses Gipfels tatsächlich eine herbe Ernüchterung dar. Die Fortschritte in Sachen Reformen und bei der Überwindung des Namenskonfliktes im Falle von Nordmazedonien waren substantiell und hatten große Hoffnungen geweckt. Es war zuletzt eine wirkliche Dynamik zu spüren. Beispielsweise wurde Nordmazedonien angesichts der Entwicklungen die Tür zur NATO geöffnet, in der es bald Mitglied werden wird. Dieser Ratsgipfel wird tiefe Enttäuschung verursachen und das Momentum womöglich drehen.

Die EU droht gegenüber den Staaten auf dem Westbalkan den Status als glaubwürdiger und verlässlicher Partner zu verlieren. Es ist schwer verständlich, warum die EU rigoros auf Reformen drängt, aber nicht bereit ist, diese zu honorieren, wenn sie von den Partnerländern umgesetzt werden. Die daraus resultierende Frustration und Enttäuschung wird auch auf die anderen Staaten der Region abstrahlen und könnte zur Folge haben, dass sie sich anderen Mächten, wie beispielsweise China, der Türkei oder Russland zuwenden, die bereits jetzt in der Region eine wichtige Rolle spielen.

Es bleibt letztendlich unverstänlich, warum Frankreich zusammen mit wenigen anderen EU-Mitgliedern in Kauf nimmt, die Staaten des Westbalkans so vor den Kopf zu stoßen und damit den Ruf der EU aufs Spiel zu setzen. Natürlich sind die rechten Kräfte in Frankreich besonders stark und könnten Macron innenpolitisch gefährlich werden, aber insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Westbalkanstaaten direkte, enge Nachbarstaaten sind und die Region historisch betrachtet konfliktreich ist, wäre ein Zeichen zur EU-Perspektive von großer Wichtigkeit gewesen. Die EU riskiert, dass aus Ansporn und Ermutigung Ernüchterung und Entmutigung wird.

Weiteres

Die Staats- und Regierungschefs verurteilten die türkische Militäroffensive in Nordostsyrien und schlossen sich damit dem Außenministerrat an, der Anfang der Woche in Luxemburg getagt hatte. Damit zeigen sich die Staats- und Regierungschefs bei

einer internationalen Krise erneut sehr zurückhaltend.

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)

Hintergrund

Bereits im Mai 2018 hatte die Europäische Kommission ihre Pflicht erfüllt und Vorschläge für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 vorgestellt. Wenige Wochen später wurden auch die sektorspezifischen Konzepte für die 37 aus dem MFR finanzierten EU-Programme angenommen. Diese Vorschläge sehen eine moderate Erhöhung der Beiträge der EU-27 vor, um einerseits die wegfallenden Beiträge des Vereinigten Königreichs auszugleichen und andererseits neue Themenschwerpunkte wie Digitalisierung, Migration sowie Klimaschutz adäquat angehen zu können. So sollen die Beiträge von aktuell 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) auf 1,11 Prozent angehoben werden.

Bereits nach den ersten Beratungen unter der österreichischen und rumänischen Ratspräsidentschaft stellte sich jedoch heraus, dass unter den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Sichtweisen auf Höhe und Ausgestaltung des Gesamtbudgets und die eigenen Beiträge bestehen. Während Staaten wie Österreich, Dänemark und die Niederlande bislang wenig Bereitschaft zeigen, höheren Ausgaben zuzustimmen, verfolgen andere Staaten eine positivere Linie und sind zu Mehrausgaben für neue Themenfelder bereit. Da die amtierende finnische Ratspräsidentschaft nach Gesprächen mit den Mitgliedstaaten zu dem Schluss gekommen war, dass eine Mehrheit der Staaten zu Beiträgen zwischen den genannten Prozentsätzen tendiert, erklärte die finnische Regierung vor dem Gipfel, dass in zukünftigen Verhandlungen eine Spanne von 1,03 Prozent bis 1,08 Prozent des BNE als Zielmarke in den Fokus genommen werden sollte. Zudem gebe es bei der Gewichtung der einzelnen Politikfelder unterschiedliche Prioritäten, die im Zuge weiterer Verhandlungen in Einklang gebracht werden müssten.

Ein finnischer Vorschlag, der eine Drittelung des Budgets in Landwirtschaftspolitik, Kohäsionspolitik und alle anderen Politikfelder sowie eine Koppelung an Rechtstaatlichkeit, Migrations- und Klimaschutzpolitik vorsah, war vor dem Gipfel vor allem von den Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei kritisiert worden.

Entwicklung

Während des Gipfeltreffens in Brüssel tauschten die Staats- und Regierungschefs ihre nationalen Sichtweisen aus, kamen einem gemeinsamen Abschluss jedoch nicht näher. Der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach nach Ende des Treffens davon, dass er nichts gehört habe, was nicht bereits vorher bekannt gewesen sei. Auch betonte er, dass entgegen dem vom Europäischen Rat anvisierten Fahrplan, der eine Einigung auf einen neuen MFR bis Ende des Jahres vorsieht, ein Abschluss der Verhandlungen vor dem Jahreswechsel höchst unwahrscheinlich sei. Nach wie vor konnten sich die Staaten nicht darauf einigen, ob mehr eingezahlt werden soll, und ob bestehende Posten im Zuge einer Umverteilung zugunsten neuer Aufgaben verkleinert werden sollen. Dies beträfe vor allem die Landwirtschafts- und Kohäsionspolitik, die im laufenden Mehrjährigen Finanzrahmen die größten Einzelposten stellen. Man werde die Thematik beim nächsten Ratsgipfel im Dezember weiter diskutieren und versuchen, möglichst bald zu einer Einigung zu kommen, so Juncker abschließend.

Kommentar

Das erneute Ausbleiben von Fortschritten in den Verhandlungen zum MFR erhöht den Druck auf die Staats- und Regierungschefs sowie die folgenden Ratspräsidentschaften von Kroatien und Deutschland. Diese müssen nun dafür sorgen, dass befürchtete Finanzierungsausfälle bei wichtigen EU-Programmen wie Erasmus verhindert oder eingegrenzt werden können. Es besteht die Möglichkeit, dass Deutschland mit seiner Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 wie schon 1999 und 2007 federführend für die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen verantwortlich sein wird. Deutschland müsste dann als neutraler Mittler auftreten und die finanziellen Interessen aller 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in einem Rahmen bündeln.

Strategische Agenda und nächster institutioneller Zyklus

Hintergrund

Bereits 2016 hatte die sogenannte Bratislava Road Map einen Prozess angestoßen, welcher die thematische Ausrichtung des Europäischen Rats nach Ausscheiden des

Vereinigten Königreichs vorgeben sollte. Die Hauptschwerpunkte waren Schutz der Bürger und Freiheiten, Entwicklung der europäischen Wirtschaft, der Aufbau eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas, die Vertretung der Interessen und Werte der EU sowie die Umsetzung der eigenen Prioritäten. Nach der Wahl Ursula von der Leyens zur Kommissionspräsidentin legte diese ihrerseits die zentralen Themen der neuen Kommission fest. Diese legen den Fokus vor allem auf den Klimaschutz, signifikante Fortschritte im Bereich der Digitalisierung, eine soziale Marktwirtschaft, die für alle Unionsbürger Vorteile mit sich bringt, den Schutz des „European Way of Life“ sowie die Stärkung der Rolle Europas in der Welt. Der Start des neuen institutionellen Zyklus musste aufgrund der Ablehnung der Kommissions-Kandidatinnen und Kandidaten aus Frankreich, Rumänien und Ungarn zuletzt jedoch über den eigentlich geplanten Starttermin am 1. November 2019 hinaus verschoben werden.

Entwicklung

Die Staats- und Regierungschefs nutzten den Ratsgipfel, um sich mit der neuen Kommissionspräsidentin auszutauschen und die gegenseitigen Zielsetzungen vorzustellen. Sie unterstrichen damit die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Rat und Kommission. Des Weiteren ernannten die Mitglieder des Europäischen Rats Christine Lagarde – ehemalige Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) – zur neuen Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Personalie war im Zuge des Personalpakets nach den Europawahlen im Mai beschlossen worden und wurde nun final abgestimmt. Die 63-jährige Französin folgt auf Mario Draghi und ist die erste Frau an der Spitze der EZB.

Kommentar

Nach der Wahl Ursula von der Leyens zur neuen Kommissionspräsidentin und den zahlreichen Einzelgesprächen, welche sie in den darauffolgenden Wochen in ganz Europa geführt hat, hatte die ehemalige Verteidigungsministerin beim Ratsgipfel zum ersten Mal die Chance, den Mitgliedern des Europäischen Rats ihre Prioritäten vorzustellen und sich mit dem gesamten Rat auszutauschen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Rat und Kommission gilt als ein entscheidender Faktor für einen erfolgreichen institutionellen Zyklus. Um auch die Zusammenarbeit mit dem Parlament so eng

wie möglich zu gestalten, wird Ursula von der Leyen kommende Woche wieder die Spitzen der Parlamentsfraktionen treffen.

Klima

Hintergrund

Beim letzten Ratsgipfel im Juni positionierte sich die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs mit Ausnahme von Estland, Tschechien, Ungarn und Polen klar für das Ziel bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die EU will als „Vorreiter für den internationalen Klimaschutz“ (Angela Merkel) den Zeitplan des Pariser Abkommens einhalten, Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduzieren und bis 2050 der erste CO₂-neutrale Kontinent der Welt werden. Trotz wachsender Zustimmung blockierten die vier Länder im Juni einen einstimmigen Beschluss. Estland bekennt sich, wie in dem Hearing der designierten estnischen Kommissarin Kadris Simson Anfang Oktober deutlich wurde, nun doch zum 2050-Ziel der EU. Darüber hinaus konnten sich die Staats- und Regierungschefs zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf eine Verschärfung des Klimaziels für 2030 im Rahmen der bevorstehenden Erneuerung der Nationalen Klimaziele (NDCs; Art. 4) einigen, trotz ausdrücklicher Aufforderung seitens des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, der statt einer Reduktion der Treibhausgase von 40 Prozent, eine Reduktion von 55 Prozent bis 2030 fordert. Ursula von der Leyen versprach ebenfalls eine Verschärfung der NDCs und sieht eine Reduktion um 50 Prozent bis 2030 oder sogar um 55 Prozent, wie das Europäische Parlament es vorschlägt, als realistisches Ziel.

Entwicklung

Im Hinblick auf die kommende UN-Klimakonferenz (COP 25) vom 2. bis zum 13. Dezember 2019 in Santiago de Chile, legte der Ministerrat Anfang Oktober die Standpunkte der EU dar. In seiner Schlussfolgerung würdigt der Rat das zivilgesellschaftliche Engagement, insbesondere der Jugend und fordert die EU-Gremien auf, ihre bisherigen Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels zu verstärken und sich für umfassende Maßnahmen zur Verwirklichung der Klimaziele einzusetzen. Die Finanzierung zur Bekämpfung des Klimawandels spielt dabei eine entscheidende Rolle und wird unter anderem die bevorstehen-

den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mitbestimmen.

Kommentar

Das Thema Klimaschutz blieb am Ende nicht viel mehr als ein Agendapunkt. Nur 15 Minuten wurde über den Klimawandel gesprochen. Schon beim letzten Ratsgipfel wurde angekündigt, dass eine langfristige Klimastrategie bis Ende 2019 erarbeitet und Anfang 2020 endgültig verabschiedet werden soll. Gemäß dem Zeitplan des Pariser Klimaabkommens hätten die Vertragspartner noch bis Ende 2020 Zeit, einen langfristigen Klimaplan bei den Vereinten Nationen einzureichen, jedoch verfolgt die EU das Ziel, international eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einzunehmen. Von diesen Ambitionen bekamen die Europäer bei diesem Gipfel jedoch wenig zu spüren. Der Klimaschutz muss folglich bei dem nächsten Ratsgipfel zur klaren Priorität gehören, um dieses Versprechen noch einhalten zu können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)